

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Bezugspreis: Monatsabonnement R.M. 1,75 einschließlich
Trägerlohn. Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche
Redaktion, Druck u. Verlag Kurt Löffel, Bad Homburg v. d. H.

Saunus-Post - Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgepaltene 43 mm breite Anzeigen-
zeile kostet 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, im Anzeigenblatt
92 mm breit 50 Pfennig. — Die Einzelnummer 10 Pfennig.

Telefon: 707. - Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstraße 26. - Postfachkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nr. 109.

Mittwoch, den 11. Mai 1927.

2. Jahrgang.

Neues vom Tage.

Die Nachricht eines Berliner Blattes, Reichsaußenminister Dr. Stresemann werde seinen Urlaub in Skandinavien verbringen, trifft nicht zu. Dr. Stresemann wird sich lediglich nach Oslo begeben, um als Träger des Friedensnobelpreises den in den Sitzungen der Stiftung vorgesehenen Vortrag zu halten.

Auf Vorschlag der deutschen Mitglieder der Internationalen Weltwirtschaftskonferenz in Genf ist mit Zustimmung der Reichsregierung zum Sachverständigen für Eisenbahnverkehrsfragen der Direktor der Reichsbahn, Geh. Regierungsrat Wolf, ernannt worden. Reg.-Rat Wolf ist bereits nach Genf abgereist.

Die Gesamtzahlungen Deutschlands an die Rächte betrugen im April 1927 715 586,15 RM. Jahresannuität, die Gesamtsumme bis 30. April 756 820 012,10 RM.

Die „Populaire“ berichtet, wird der radikale Senator Lemery bei Wiederzusammentritt des Senats am 17. Mai Brand interpellieren und ihn fragen, welche Haltung die französische Regierung angesichts der These Stresemanns, die darauf hinausläufe, die Räumung des linken Rheinufer ohne Gegenleistung zu fordern, einnehmen werde.

Nach einer im „Matin“ veröffentlichten Agenturmeldung aus Marakech in Französisch-Marokko habe eine französische Sahara-Abteilung im Süden eine Eingeborenenabteilung, die die unterworfenen Eingeborenen beaufsichtigt, in die Flucht geschlagen. Im westlichen Marokko bekämpften sich die Eingeborenen untereinander und erleichterten auf diese Weise die Ueberwachung durch die Polizeistreitkräfte. In Tobra herrsche Ruhe.

Der Sonderberichterstatter der Passagenagentur berichtet aus Schanghai, daß 20 000 Studenten und Arbeiter, umgeben von Gruppen von Chinesen, am Jahrestag des japanischen Ultimatums, der im übrigen ruhig verlaufen sei, in der Nähe der französischen Konzession einen Umzug veranstaltet hätten.

Keine neuen Steuern!

Reichsfinanzminister Dr. Koller hat die erste Gelegenheit benutzt, um zu versichern, er werde im neuen Haushaltsjahr keine Erhöhung der Steuerlast eintreten lassen. Als dann aber ein Fehlbetrag im ordentlichen Reichshaushalt in Höhe von 750 Millionen Mark eintrat, tauchten abermals Gerüchte auf, das Reichsfinanzministerium werde doch schließlich seine Zuflucht zu neuen Steuern oder wenigstens zur Erhöhung bisheriger Steuern nehmen müssen. Auch hiergegen verteidigte sich der Reichsfinanzminister. Er machte sich sogar die Anregung einer Koalitionspartei zu eigen, wonach die Länder und Gemeinden die 200 Millionen Mark aus der erhöhten Steuerüberweisungs-Garantie dazu benutzen sollten, um die Realsteuern (Gewerbesteuer und Grundsteuer) herabzusetzen. Allerdings hat die angespannte Finanzlage des Reiches es nicht gestattet, die Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen herabzusetzen oder doch die sozialen Steuerabzüge zu erhöhen. Nochmals wurde behauptet, das Reichsfinanzministerium plane eine Steuererhöhung, als aberwärtliche Gerüchte über eine zusätzliche Sicherung der deutschen Reparationszahlungen aufkamen. Es hieß, das Reichsfinanzministerium wolle die steuerliche Belastung des Tabaks durch Einführung eines deutschen Tabakmonopols erhöhen und auch die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol steigern; daneben sollten aus dem Zucker höhere Einnahmen für die Staatskasse herausgeholt werden. Auch diese Behauptungen sind vom verantwortlichen Leiter der deutschen Finanzen als unbegründet zurückgewiesen worden. Damit dürfte endgültig feststehen, daß im Rechnungsjahr 1927 keine neuen Steuern eingeführt werden.

In der Kritik des Reichshaushaltsplanes von 1927 ist bemängelt worden, daß wichtige Aufgaben, die im Laufe des Jahres gelöst werden sollen, nicht im Etat berücksichtigt seien. So seien für die demnächst durchzuführende Reform der Beamtenbesoldung keine Etatsmittel bereitgestellt worden. Selbst wenn man an einen schnellen und lebhaften Aufschwung der Wirtschaft glaubt und auf einen höheren Ertrag der großen Steuern hoffe, das veranschlagt ist, sei es bedenklich anzunehmen, daß man den kommenden Nachtragsetat ohne Schaffung neuer Einnahmequellen werde bilanzieren können. Demgegenüber hat das Reichsfinanzministerium erklärt, man werde auch dann von der Erhebung neuer Steuern in diesem Rechnungsjahr absehen und andere Deckungsmöglichkeiten für einen etwaigen Fehlbetrag suchen. Denn die Beruhigung und Stärkung der Wirtschaft werde nur dann eintreten, wenn die Unternehmerschaft wisse, daß sie unter allen Umständen von neuen Steuern verschont bleiben werde.

Diese Gedankengänge haben zweifellos etwas für sich. So weit darf man aber die „Beruhigung“ nicht treiben, daß man behauptet, auch für das nächste oder gar übernächste Jahr ließen sich neue Steuern vermeiden. Im nächsten Jahre wird sich die unmittelbare Belastung des Reiches für Reparationen um rund 400 Millionen Mark erhöhen — wenn nicht bis dahin eine Revision der deutschen Tributpflicht vorgenommen worden ist. Auch werden dann die Ausgaben für erhöhte Beamtenbesoldung und für die Entschädigung der Liquidationsgeschädigten in den Etat eingereicht werden müssen. Die deutsche Wirtschaft muß also mit einer Erhöhung der Steuerlast im Haushaltsjahr 1928 rechnen.

Der rheinische Parteitags.

Das Saargebiet in Rott

In der letzten Sitzung des Parteitages des rheinischen Zentrums in Köln wies bei Besprechung der Wirtschaftslage der Rheinlande ein Vertreter des Saargebiets auf die trostlose Wirtschaftslage des Saargebiets hin und betonte die Notwendigkeit, die Rückkehr des Saarlandes zum Vaterlande schon jetzt wirtschaftlich vorzubereiten, vor allem durch Schaffung besserer Verkehrsmöglichkeiten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

betonte, das Geschick der Grenzgebiete sei der Regierung nicht unbekannt, noch weniger gleichgültig. In der Entwicklung der letzten Jahre sei ein Aufstieg unverkennbar, man dürfe jedoch die Fortschritte nicht überschätzen. Es sei unbedeutend, der deutschen Sozialpolitik Unfruchtbarkeit vorzuwerfen. Es sei auf diesem Gebiet mehr geleistet worden als vor dem Kriege, wo wir uns erheblich besser ständen. Neben der Ausgabe großer Summen für Wohlfahrts- und soziale Zwecke seien auch auf allen anderen einschlägigen Gebieten Fortschritte zu verzeichnen: beim Rechtsschutz, der Arbeitszeit, dem Schiedspruchwesen usw. Wenn man die Kurve der Erzeugungshöhe, der Arbeiterzahlen in den Betrieben und der Lohnsummen in drei Linien verzeichne, so bilde sich schnell der Beweis heraus, daß die Lohnsummen nicht die Ursache für die Preissteigerung sein können. Diese Erkenntnis werde sich wohl in naher Zukunft noch verschärfen. Der Minister schloß: Wirtschaft und Politik müssen Hand in Hand, im gleichen Schritt gehen. Die Sozialpolitik darf nicht hinterherhinken.

Zurückziehung der Besatzung gefordert.

In der Schlußsitzung des Parteitages wurde u. a. eine Entschließung angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß das noch im Saargebiet befindliche Militär zurückgezogen wird. Weiter heißt es, der Parteitag unterstütze das berechtigte Verlangen nach Beseitigung des Ueberwiegens des französischen Regiments in der Regierungskommission. Schließlich wird die Wiedervereinigung des Saargebiets mit Deutschland gefordert.

Eine weitere Entschließung wendet sich u. a. mit großer Entschiedenheit gegen Pferdemusterungen durch die Besatzungstruppen. Nachdem dann die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Zusage betreffend Wüldering der Ordonanzen bald eingelöst werde, heißt es weiter: Die Zentrumspartei verlangt im Interesse der hart gepriegten Bevölkerung und im Interesse einer unge störten Fortführung der Verständigungspolitik die endgültige Zurückziehung der Besatzung, die aber unter keinen Umständen erlaßt werden darf durch Zusagen, die auf eine weitere Beschränkung der deutschen Souveränität hinauslaufen.

Reichsdienststrafordnung zum neuen Beamtenrecht.

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten begann die dritte Lesung der Reichsdienststrafordnung. Der Unübersichtlichkeit der gesetzlichen Bestimmungen will die Reichsdienststrafordnung durch Zusammenfassung der einschlägigen Materie abhelfen. Nach längerer Beratung wurde der § 1 in einer von der ursprünglichen Vorlage ziemlich abweichenden Form angenommen. Danach unterliegt ein Beamter den Vorschriften dieses Gesetzes auch wegen eines Dienstvergehens, das er vor Eintritt in den Reichsdienst als Beamter eines Landes, einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder einer anderen Körperschaft des öffentlichen Rechtes begangen hat, wenn sich die Beurteilung zu einer schwereren Strafe als Geldstrafe gerechtfertigt hätte. Eine Verfehlung, die vor Eintritt in den öffentlichen Dienst begangen wurde, unterliegt dem Dienststrafrecht nicht. Der vierte Absatz des § 1 wurde gestrichen. Er lautete ursprünglich: Die Vorschriften dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf Handlungen oder Unterlassungen, die in Ausführung der allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte begangen sind.

Die englisch-französische Freundschaft.

Der „kraftvolle“ Gefährte.

Auf dem Jahresessen der englisch-französischen Gesellschaft in Birmingham sagte Lord Derby in einer Rede, wenn man wüßte, daß England auf der Seite jedes Landes stehen würde, das ohne guten Grund angegriffen wird, dann würde dies zur Erhaltung des Friedens viel beitragen. Wir alle hoffen, daß der Völkerverbund alles tun wird, um den Frieden zu erhalten. Aber gleichzeitig würde ich gerne das Bewußtsein haben, daß England gut bewaffnet ist und einen kraftvollen Gefährten an seiner Seite hat. Man braucht nur in den Blättern über den Umzug der Stahlhelmeleute in Berlin zu lesen, um zu erkennen, daß die Tage des Kampfes noch nicht vorbei sind. Die beste Art und Weise, damit fertig zu werden, besteht darin, daß man denen, die Krieg wollen, begreiflich macht, daß sie für diesen Krieg zu bezahlen haben würden. Ferner darin, die englisch-französische Freundschaft in jeder Hinsicht zu erhalten und zu stärken.

Der Ueberprotektionismus.

Deutscher Vortritt in Genf.

Im Handelsausschuß der Genfer Weltwirtschaftskonferenz hielt der deutsche Delegierte, Staatssekretär Dr. Trendelenburg eine vielbeachtete Rede.

Er unterstrich den hohen Wert einer einheitlichen Nomenklatur, beständiger Zollsysteme und einheitlicher Verträge. Die erste Ausgabe des Ausschusses, so führte er aus, müsse sein, sich gegen den Ueberprotektionismus zu wenden, der in der Nachkriegszeit in vielen Staaten eingerissen sei. Zur französischen Delegation gewendet, erklärte er u. a., wenn Deutschland und Frankreich gleiche oder auch nur ähnliche Zollsysteme hätten, so wären bei den Pariser Verhandlungen viele Worte gespart worden. Dr. Trendelenburg wies schließlich auf die Notwendigkeit hin, die Frage der Vereinfachung der Nomenklatur auch den russischen Delegierten zu empfehlen.

Der österreichische Delegierte Riedel empfiehlt unter Berufung auf die Vorschläge der Internationalen Handelskammer ein System gemäßigter Schutzzölle. Sir Arthur Balfour sprach seine Genugtuung darüber aus, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem und Sowjetrußland zur Zusammenarbeit bereit seien. Der Führer der sowjetrussischen Delegation, Ossinski, erklärte gegenüber einer Bemerkung Balfours, daß die Abschaffung des Staatsmonopols gleichbedeutend sei mit der Abschaffung des sowjetrussischen Wirtschaftssystems. Das könne ebenso wenig verlangt werden, wie man von Sir Arthur Balfour die Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in England verlangen könne. Das sowjetrussische System habe die Entwicklung des russischen Handels nicht behindert. Um die russische Ausfuhr wieder auf die Vorkriegshöhe zu bringen, brauche Sowjetrußland fremdes Kapital.

Englands Chinapolitik.

Weitere Erklärungen Chamberlains.

Im englischen Unterhaus gab Chamberlain eine Darstellung der Vorgänge bis zum Zusammenbruch der Panlauer Regierung und gab der Vermutung Ausdruck, daß die Zwischenfälle von Nanking im wesentlichen den Zweck gehabt hätten, dem nationalistischen Generalissimo Tschang Kai schel Schwierigkeiten zu bereiten.

Statt dessen hätten die Vorgänge die Kommunisten und ihre ausländischen Ratgeber bei dem Rest der Kuomintang und dem übrigen China in Mitleidenschaft gebracht, was von größter Wichtigkeit sei. Angesichts der bedeutenden Entwicklung im nationalistischen China habe die Frage der Sühne für die Nanking Verbrechen ein ganz neues Gesicht bekommen.

Die wirklich Schuldigen seien von den chinesischen Nationalisten selbst mit einer Strenge und einer Gründlichkeit bestraft worden, zu der keine ausländische Macht instande gewesen wäre. Die Frage der Entschädigungen und Reparationen werde allerdings dadurch nicht berührt. Die Regierung, die aus der gegenwärtigen Verwirrung im Yangtse-Gebiet zusehens werde, werde für die Verbrechen an britischen Staatsangehörigen als verantwortlich betrachtet werden. Weiterhin sprach Chamberlain die Hoffnung aus, daß diese Regierung der Zukunft ihre auslandseindliche Politik zugunsten einer Politik aufgeben werde, die auf der Grundlage einer von allen ausländischen Mächten ausgearbeiteten vernünftigen Vertragsrevision aufzubauen sei. Er stelle fest, daß die Wägbung der Mächte bei der Behandlung des Nanking Zwischenfalls in erheblichem Maße durch den Wunsch beeinflusst sei, einer neuen Regierung in China in ihrer Aufgabe, Ordnung zu schaffen, keine Verlegenheit zu bereiten.

Politische Tageschau.

Aus der preussischen Generalynode. Das Kirchen-gesetz über die Vorbildung und Anstellung der „Bikarin“ wurde von der Generalynode in der dritten Lesung mit großer Mehrheit angenommen. Nach den endgültigen Beschlüssen des Hauses sollen die weiblichen Theologen befugt sein zur kirchlichen Wortverkündung im Kinder Gottesdienst und in Bibeltunden, zur Lehrtätigkeit an Berufsschulen, zur Seelsorge in der Gemeinde, insbesondere an der weiblichen Jugend, in Mädchenheimen, in den Frauenabteilungen der Krankenhäuser und Gefangenenanstalten. Dagegen ist die Bikarin nicht befugt zur pfarramtlichen Tätigkeit im Gemeindegottesdienst, zur Verwaltung der Sakramente, sowie zur Vornahme der anderen herkömmlichen vom Pfarrer im Ornat zu vollziehenden Handlungen.

Von Kommunisten überfallen. Nach einer Meldung aus Berlin wurde der deutsch-völkische Abgeordnete Hade am 10. Mai in der ersten Stunde, als er in einem Auto die Straße Anhalter Bahnhof-Potsdamer Platz passierte, von einer Menge Kommunisten, welche die Königgräber Straße entlang zogen, erkannt. Die Demonstranten umringten das Auto, zwangen es zum Halten und versuchten auf Hade einzuschlagen. Eingreifende Polizei führte Hade zu seiner eigenen Sicherheit nach der Potsdamer Bahnhofstraße. Nachdem die Menge zerstreut worden war, konnte Hade seinen Weg fortsetzen.

→ Zur Aufwertung der Sparfassen Guthaben erklärte im Rechtsausschuss des Reichstages Justizminister Dr. Bergt folgendes: An sich sind die Möglichkeiten für die Sparfassenaufwertung schon durch das bestehende Aufwertungsgezet festgelegt. Es handelt sich nun um die Durchführung dieser Vorschriften, also um eine Verwaltungsangelegenheit. Ich hatte von vornherein angenommen, daß die Sparfassen noch eine besondere Behandlung im Ausschuss erfahren würden. Die auf diesem Gebiet im Schoße der Reichsregierung gepflogenen Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich glaube aber, daß am Schlusse der ersten Lesung schon nähere Auskünfte gegeben werden können.

→ Preisvergehen und Immunität. Im Geschäftsausschuss des Bayerischen Landtages gab bei der Behandlung mehrerer Gesetze um Genehmigung zur Strafverfolgung von nationalsozialistischen Abgeordneten, die zugleich Schriftleiter sind und gegen die wegen Beamtenbeleidigung usw. Strafverfahren eingeleitet werden soll, der Redner der Bayerischen Volkspartei die Erklärung ab, daß seine Partei beschloss habe, künftig in allen Fällen, in denen Abgeordnete als verantwortliche Schriftleiter von periodisch erscheinenden Druckschriften sich gegen die Strafgesetze vergehen, für Aufhebung der Immunität und für Genehmigung der Strafverfolgung zu stimmen. Die Vertreter der übrigen Parteien erklärten grundsätzlich sich damit einverstanden, die Angelegenheit interfraktionell zu erörtern, lehnten aber in den dem Ausschuss vorliegenden Fällen die Genehmigung zur Strafverfolgung ab.

→ Die Kriegs- und Verdrängungsschäden. Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden legt Wert darauf festzustellen, daß sie dem neuerlich bekanntgewordenen Vorschlag einer Abfindung der Liquidations- und Verdrängungsschäden mit Schuldverschreibungen des Reichs, die von der Reichsbank mit 80 v. H. ihres Nennwerts lombardiert werden sollen, völlig fernsteht. Der Vorschlag erscheint schon aus währungspolitischen Gründen, aber auch mit Rücksicht auf die im Londoner Abkommen von der Reichsregierung eingegangenen internationalen Bedingungen undurchführbar.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Mai.

Den Platz des Präsidenten schmückt ein großer Blumenstrauß. Als Präsident Lohse den Saal betritt, wird er mit lebhaftem Händeklatschen empfangen.

Vizepräsident Dr. Nieber richtet begrüßende Worte an den wiedergewählten Reichstagspräsidenten. Er gibt seiner Freude Ausdruck, daß der Präsident wieder in aller Frische seines Amtes walte. Er spricht die Hoffnung aus, daß der Präsident in gleicher Weise und in gleicher Unparteilichkeit mit dem guten Humor, über den er verfüge, seine Tätigkeit noch recht lange ausüben möge. (Lebhafter Beifall.)

Reichstagspräsident Lohse dankt für die herzlichen Begrüßungsworte und die vielen guten Wünsche zur Genesung, die während seiner Erkrankung an ihn gelangt sind. Besonderen Dank spricht er dem Vizepräsidenten aus für die überaus große Arbeitslast, die er auf sich genommen habe. Der Präsident gibt der Erwartung Ausdruck, daß die bevorstehenden großen Aufgaben des Reichstages ohne Ueberstunden, ohne Nachschichten und ohne Beschränkung der sommerlichen Freiheit erledigt werden können. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Ein Antrag des Oberstaatsanwalts in Stendal auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Fürsten v. Bismarck (Dnt.) wegen Uebertretung der Verordnung für Kraftfahrzeuge wird unter großer Beifall dem Geschäftsausschuss überwiesen, ebenso ein weiterer Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. v. Lange-Fegermann (bei seiner Partei) wegen Uebertretung der Vollzeitschulden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) unter lauten Widerspruch der Sozialdemokraten gegen das Verbot der nationalsozialistischen Ortsgruppe Berlin. Er bezeichnet das Verbot als verfassungswidrig und beantragt die sofortige Beratung der Novelle zum Vereinsgesetz. Der sofortigen Beratung der Novelle wird widersprochen, so daß sie nicht stattfinden kann.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Ohne Aussprache werden einstimmig angenommen das deutsch-schweizerische Luftverkehrsabkommen, das Gesetz über die Abänderung

der internationalen Wetterkonvention und das Abkommen mit Belgien, Frankreich und Italien über gegenseitige Anerkennung der Befähigungen für Handfeuerwaffen.

Dem handelspolitischen Ausschuss liegt eine Entschließung vor, in der eine Einwirkung auf die Gemeinden dahin verlangt wird, daß das vollstetige Gefrierfleisch den Konsumenten direkt oder nur ausnahmsweise und unter Kontrolle durch Verarbeitungsbetriebe zugeführt wird. Die Entschließung wird auf Antrag Schmid (Zit.) und Burtm (Soz.) dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Lokales.

Gedenktage für den 12. Mai.

1670 * Kurfürst August der Starke von Sachsen, König von Polen, in Dresden († 1733) — 1803 * Der Chemiker Justus von Liebig in Darmstadt († 1873) — 1845 * Der Sprachforscher und Dichter A. W. v. Schlegel in Bonn (* 1767) — 1866 * Der Forschungsreisende Adolf Graf v. Wöhl auf Schloß Scharfeneck († 1910) — 1881 Die Franzosen besetzen Tunis

Spargelzeit.

Die hohe Temperatur der letzten Tage und die Sonnenstrahlen haben nun auch den Spargel aus dem Erdboden gelockt, so daß dieses frische Gemüse in großer Menge auf den Markt geworfen werden kann. Die Hausfrauen verzeichnen diese Tatsache sehr gern, denn sie haben nun wieder mehr Auswahl für den Küchentisch, und das junge Gemüse ist ja allgemein sehr beliebt. Da gibt es den dünnen Spargel, den man meist nur für die Suppe verwendet, und die stärkeren Stangen, die eine sehr willkommene Beilage besonders zu gebratenem Fleisch sind.

Der Spargel besitzt eine Reihe höchst wertvoller Nährstoffe. Namentlich in den Köpfen der Spargelstangen und dem angrenzenden, noch unverholzten Zellgewebe finden sich neben geringeren Bestandteilen von Kohlehydraten, Zucker und Fett, auch für die menschliche Ernährung sehr wichtige Stickstoffsubstanzen, die außer ihrem Nährwert noch eine schätzenswerte Heilkraft besitzen. Diese Substanzen bestehen mehr als zur Hälfte aus dem im Spargel enthaltenen sogenannten Einweißstoff, Asparagin, eine kristallinische in Wasser lösliche Substanz, das die Eigenschaft besitzt, sich im menschlichen Körper in Säure zu verwandeln. Die beste Wirkung zeigt natürlich der frische Spargel. Besonders Nierenentzündungen sollen unter der Heilwirkung des Spargels in der Regel rasch und günstig verlaufen. Die Abfälle des Spargels sind beim Kochen stets mitzuverwenden.

Die Erntezeit für dieses nahrhafte Frühjahrsgemüse ist Ende April bis Juni. Spargel, der nach dem Johannisfest (24. Juni) geerntet ist, findet bei den meisten Hausfrauen keinen Anklang mehr.

*

Weiterbetrachtung für Donnerstag, den 12. Mai: Anhaltende warme trockene Witterung.

Besuch der Bäder des besetzten Gebietes. Die Bäderverwaltungen der besetzten Gebiete beklagen sich darüber, daß sie immer noch gemieden werden und daß ein Vergleich mit den Bädern des unbesetzten Gebietes ergibt, daß nur 50 % der Vorkriegsbesucher diese Bäder aufsuchen. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß zum Besuch der Bäder im besetzten Gebiet nur ein Personalausweis erforderlich ist und daß keinerlei besondere Schikanen der Besatzungsbehörde zu erwarten sind. Es ist deshalb wünschenswert, wenn möglich viele Leute auch die Bäder des besetzten Gebietes im Rheinland besuchen.

Vorkerkennungen für die Einwanderungs-Büfen nach den Vereinigten Staaten. Die amerikanischen Generalkonsulate teilen amtlich mit, daß vom 16. Mai, 9 Uhr vormittags an, wieder Vorkerkennungen für Einwanderungs-Büfen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika von Personen, die im Gebiete des jetzigen Deutschen Reiches geboren sind, auf allen amerikanischen Konsulaten in Deutschland angenommen werden. Neue Registrierungsformulare, auf denen die Anträge eingereicht werden müssen, sind bei allen amerikanischen Konsulaten, sowie bei den meisten Schiffahrtsgesellschaften vom 12. Mai an erhältlich. Es werden nur Anträge auf neuen Formularen angenommen. Registrierungsanträge, die unter die österreichische, estnische, lettische, litauische, polnische, russische, ungarische, rumänische, jugoslawische oder tschechoslowakische Quote fallen, werden bis auf weiteres nicht angenommen, da die Vorkerkennungslisten für diese Quote geschlossen sind.

„Das ist es auch. Du hast vielleicht in den Zeitungen den Dolch abgebildet gesehen, mit dem der Mord geschehen ist. Ich habe das Werkzeug selbst gesehen, ein ganz kleines Messer mit einem roten Griff, auf welchem allerlei Goldschmuckel gemalt sind und die Klinge dreieckig. Und das, was du in den Händen hältst, ist nichts anderes wie das Futteral, die Scheide, sagt man wohl, in welcher dieser Dolch gesteckt hat. Darauf möchte ich schwören. Wenn du es bei Licht sehen wirst, wirst du es auch glauben. Gerade die richtige Länge hat es und die inwendige Dornung ist auch dreieckig und außen hat es dieselbe rote Farbe und die gleichen goldenen Schmuckel.“

Biller hörte, wie Junk bei dieser wichtigen Entdeckung laut und aufgeregt atmete. Eine geraume Zeit verstrich, ehe der Detektiv sich soweit gefaßt hatte, daß er mit halbwegs ruhiger Stimme fragen konnte: „Und das Ding ist aus dem Brautkleid gefallen?“

„Aus dem Brautkleid nicht, sondern, wie ich das Kleid von Frau von Ehren herausnahm. Aber natürlich hat es im Brautkleid gesteckt, das oben auf lag, und schon im Koffer herausgeglitten.“

Wieder eine Pause, dann tönte Junks Stimme: „Es ist spät geworden für heute, Schatz. Also gute Nacht und auf Wiedersehen.“

Die beiden erhoben sich und verließen die Laube. Am Eingang blieb das Mädchen stehen. „Du, gib mir das Ding zurück, daß ich es wieder dorthin lege, wo es war.“

Junk lachte leise auf. „Wahrhaftig, das habe ich in meiner Ferkenntheit in die Tasche gesteckt. Wo ist es nur? Hier nicht, und hier auch nicht. Ach was, ich besaße es bis morgen. Es soll mir ein Pfand sein, daß du morgen bestimmt wieder kommst. Also adieu.“ Und ohne dem Mädchen Zeit zum Widerspruch zu lassen, eilte er von dannen.

Biller blieb noch mehrere Minuten in seinem Versteck, ehe er sich hervorwagte und mit denselben Vorsichtsmahregeln wie beim Herweg in sein Heim zurückkehrte.

Still lag das Meer da, und die Lampen des Leuchtturms warfen breite helle Streifen über die Bäume.

Stadtsverordnetenversammlung vom 10. 5. 27.

1. Vorlage des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1927.

1. Der Haushaltsplan liegt in diesem Jahre wieder wie es früher der Fall war, gedruckt vor. Die Steuern sind, wie folgt, festgesetzt:

Grundvermögenssteuer 255 Proz. (230)

Gewerbesteuer nach dem Ertrag 500 Proz. (350)

Gewerbesteuer nach dem Gewerkekapital 1000 Proz. (700 Proz.)

Herr Oberbürgermeister Dr. Eberlein gibt dazu folgende Erklärungen: Der Etat erscheint etwas verspätet, da noch Bewilligungen durch das Stadtsverordnetenkollegium u. v. a. die Zahlen geändert haben und die obigen Zahlen festgesetzt wurden. 1926 wird im Etat nicht ungünstig abschließen, jedoch ist die Stadt durch verschiedene große Objekte, die zum Teil fertiggestellt, zum Teil noch ausgeführt werden, schwer für Jahre hinaus belastet, wobei unter Zuhilfenahme der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Arbeiten ausgeführt werden konnten.

Das Altkinderheim hätte nicht ausgeführt werden können, wenn nicht aus dem Steuerreservfond Geld herausgenommen werden konnte. In der Weberlistung haben wir 76 neue Wohnungen erhalten. Ein Wohnungsbauprogramm kommt in den nächsten Sitzungen. So billige Wohnungen allerdings, wie wir sie in der Weberlistung haben, erhalten wir nicht wieder. Ein großes Bauwerk, das Seebad, geht seiner Vollendung entgegen. Die Feueralarmvorrichtungen sind erweitert worden, resp. werden einige Feuerwehreute noch an das helle Altkinderheim angeschlossen werden. Der Ausblick für das kommende Jahr ist gut.

Der Stadtsverordnetenvorsteher nimmt zu den Worten des Herrn Oberbürgermeisters kurz Stellung. Er betont, daß der Haushaltsplan zu einem freundlichen Ausblick in die Zukunft Anlaß gibt. Der Arm und Fuß zu steuern, sowie der Wohlfahrtsfrage, der Kur und die Siedlungspläne zu klären, sind die Hauptpunkte des neuen Haushaltsplanes. Die Stadt soll eine Anlage aufnehmen, damit das Schlüsselgewerbe, die Bauindustrie, beschäftigt wird und dadurch können die Arbeitslosen eher Arbeitsgelegenheit haben. Dieses ist das Beste, um den weissesten Schichten der Bevölkerung Arbeit geben zu können. Wir haben in Homburg keine großartigen Pläne mit dem Bade im Kopf, sondern wir wollen, daß unser Bad ein Heilbad sein soll. Zur Hebung des Bades hat die Regierung durch die Aktion des Ausschusses an der Spitze mit Herrn Oberbürgermeister einen Zuschuß von Mk. 50000 gegeben. Dieser Zuschuß wird sehr helfen. Einen Hauptpunkt bildet die Niedrighaltung der Steuern. Die Grenze der Steuern ist in vielen Zweigen erreicht. Es sollen durch die Besteuerung nicht einzelne Zweige ruiniert werden. Der Bau des Seebades ist eine kulturelle Tat, die für spätere Jahre uns auch sehr nützen wird. Die Staubsauger der Straße soll ermöglicht werden durch Kleinkopfsplasterung, ebenfalls ist ein Wunsch, die Errichtung eines überdachten Volksbades.

Der Vorsitzende schließt mit den Worten Bad Homburg voran.

Herr Stadtv. Dippel geht nach diesen Ausführungen nicht weiter auf die Zusammensetzung des Etats ein. Er betont, daß in den späteren Sitzungen zu den besonderen Punkten noch Stellung genommen werden muß. Für das Kapitel Schule will er die Hilfsklasse für wenig begabte Kinder erweitert haben, da dieselbe jetzt nicht zureichend ist. Seine Partei will die Kur unterstützen, jedoch wird seitens der Kurverwaltung durch das Theaterverbot am 1. Mai, dem Gewerkschaftskartell ein Gehbehinderung hingeworfen und den Interessen der Arbeiterschaft die am 1. Mai keine politische Feier hatten, eine Spitze gegeben. Daher lehnt es seine Partei ab, dem Zuschuß von 25000 Mk., wie er heute bewilligt werden soll zu-

Unter fremdem Willen.

20] Detektivroman von Adolf Stark.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1922.

„Mein Gott, Gewisses weiß ich ja auch nicht, aber man kombiniert so.“ Sie rückte näher an ihn heran und flüsterte: „Ich will dir etwas verraten, aber du darfst es ja nicht weiterjagen, denn ich will mit dem Versteck nichts zu tun haben. Sage einmal, wenn hat wohl der Dolch gehört, mit welchem der Mord geschehen ist?“

„Nun, jedenfalls Champol, der ihn mitgebracht hat.“

„Nein, dem hat er nicht gehört, sondern Frau von Hartung.“

Junk packte vor Erregung das Mädchen beim Arm, daß sie aufschrie. „Woher weißt du das, beweise das.“

Erstochen über das Ungestüm ihres Liebhabers, stammelte die Rose: „Ich weiß ja nicht, ich vermute es nur. Nämlich, als ich heute den Koffer auspackte, in welchem die Hochzeitskleider der Damen lagen, das von Frau von Hartung und Frau von Ehren und das Brautkleid... es hat sich nämlich nach dem Mord niemand um die schönen Kleider gekümmert, und ich habe sie in einen Koffer gelegt und bei der schnellen Abreise ist der verheiratet mitgenommen worden und Frau von Hartung hat mir heute den Auftrag gegeben, die Kleider herauszunehmen, damit sie durch das lange Liegen nicht leiden, also, wie ich das Brautkleid herausgenommen habe und hinhänge und dann das darunterliegende Kleid der Frau von Ehren herausnehme, fällt etwas auf den Boden, das hier.“

Der Zauberer unter der Bank hatte viel gegeben, wenn er in diesem Moment einen Blick auf den Gegenstand hätte werfen können, von dem die Rose sprach. Aber er sollte nicht lange im Unklaren bleiben, um was es sich handelte.

„Was ist das?“ erklang Junks Stimme. „Bei der Dunkelheit kann ich es nicht sehen. Es fühlt sich an wie ein Futteral.“

(Fortsetzung folgt.)

zustimmen. Er stellt noch fest, daß das Volksbad einer der traurigsten Kapitel in Homburg sei, 3 Badewannen seien zur Verfügung, das sei für Homburg als Weltstadt ein schlechtes Zeichen, er bittet unbedingt um Abhilfe, damit die Kinderbewilligten auch eine Badegelegenheit haben.

Stadtv. Behle begrüßt die Aufmachung des neuen Stads in der Druckerschrift und hat einige kleine Positionen, welche noch geändert werden sollen. Die Kreissteuern werden durch die Zusammenlegung zeitlich reduziert werden. Vom Reiche überwiesenen 350.000.— sollen zur Senkung der Realsteuern verwandt werden.

Stadtv. Ebert erklärt, man solle einen Bebauungsplan für Neuanordnungen herausgeben. Auch sollen alle Häuser bei der Hauszinssteuer berücksichtigt werden. Die Stadtschwestern haben sich bewährt, bekommen aber zu wenig Mittel als Entschädigung. Im Etat fehlen die neuen Beamtengehälter einzeln aufgeführt. Bei den Steuern sind verschiedene Punkte, die geändert werden müssen.

Stadtv. Medel vertreibt zur Geschäftsordnung den Paragraphen, in dem den Rednern nicht gestattet ihre Reden vom Konzept abzulesen, wie es der Oberbürgermeister und auch der Stadtverordnetenvorsitzer gemacht haben.

600.000.— Mark seien für den Zinsendienst aufgestellt, aber man könne nicht die einzelnen Posten erkennen. Zur Baulichkeit habe er wegen Hypothekengestellung bei der Rast. Bank angefragt, diese erklärt, daß jezt nur noch pro Haus eine erste Hypothek von 5000.— gestellt werden, man müßte sich dann noch eine 2. Hypothek besorgen, die durch die leuren Sätze das Bauen unmöglich machen. Die Stadt solle eine Anleihe für Vergebung von Hypotheken aufnehmen. Die Reparaturen an den von der Stadt vor 6 Jahren erbauten sollen schon jezt gemacht werden. Für die Wohlfahrtspflege müßte ein größerer Posten eingestellt werden, die Posten seien unübersichtlich eingestellt. Die Frage der Erwerbslosigkeit muß auch in den nächsten Jahren ganz besonders beobachtet werden. Nach einigen kleinen Aussprachen geht der Haushaltsplan an die vereinigten Ausschüsse.

2. Beirrat der Stadt zum Volksbund „Deutsche Kriegsgriberfürsorge.“

Punkt 2. Dem Beirrat wird zugestimmt. Der Beirrat macht pro Jahr 170.— Mk. aus.

3. Änderung der Gebührenordnung für Dienstmänner. Punkt 3. Dem Antrag wird zugestimmt.

4. Bildung von Beiräten für die Beschwerdestelle des Wohlfahrtsamtes.

Punkt 4. wird den vereinigten Ausschüssen übergeben.

5. Abschluß der Schlachthofrechnung für 1926.

Punkt 5. Das Defizit beträgt 10645.— Mk. Dieser Abschluß wird den vereinigten Ausschüssen zur Durchberatung übergeben.

6. Kreditbewilligung für Ausdehnung der Feueralarmeinrichtung.

Punkt 6. Es wurden 1200.— für Anschluß an das Alarmanetz nach der Ludwig- u. Weberstraße benötigt. Der Antrag geht an die vereinigten Ausschüsse.

7. Kreditbewilligung für Ausbau eines Raumes im Rathaushof zur Unterbringung der automobilen Feuerpritze

Punkt 7. Wird vom Magistrat zurückgezogen.

8. Rechnungsabluß pro 1. April 1927 für das aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für den Bau des Seebadumbades gewährte Darlehen.

Punkt 8. 23220.— Mark werden als Darlehen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge gegeben. Der Antrag wird angenommen.

9. Zustimmung zum Erfahvertrag über die endgültige festgesetzte Darlehenssumme für den Alarmanbau.

Punkt 9. Der Erfahvertrag wird den vereinigten Ausschüssen überwiesen.

10. Anlegung einer Umgehungsstraße der Orte Gönzenheim und Obereichbach.

Punkt 10. Dieses Projekt wird zur Durchberatung an die vereinigten Ausschüsse gegeben.

11. Beschlußfassung über die Gewährung des in den Etat eingestellten Zuschusses von 25000 Mk. an die

Punkt 11. Stv. Medel erklärt, daß Herr Hofrat Meißner am 1. Mai nicht die Erlaubnis zur Benutzung des Theaters gegeben habe, daher kann seine Partei nicht die Bewilligung für den Zuschuß geben.

Stadtv. Dippel schließt sich für seine Fraktion den vorherigen Ausführungen an.

Stadtv. Behle, Wald, Schmidt und Weißhaupt erklären zu diesen Ablehnungen, daß die Frankfurter Stadtverordneten diesen Punkt besonders verfolgen und, da die Stadt Frankfurt auch 25000 Mk. für die Sebung des Bades hergibt, müßten sich die Stadtverordneten entschließen, ihre Zustimmung zu geben.

Stadtv. Aug. Schmidt erklärt auch, daß die Art der Entziehung der Erlaubnis für den 1. Mai provozierend wirke und dadurch Mißbilligungen hervorgerufen werden. trotzdem die Arbeiterchaft der Sebung der Art sehr sympathisch gegenüber stehe. Der Vorsitzende erklärt, daß Herr Hofrat Meißner sich nur nach den Vorschriften gerichtet habe, in denen die Benutzung des Theatersaals für politische Zwecke nicht erlaubt ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag gegen die linken Parteien angenommen.

Kur-M-G.

12. Ausgaben auf dem Haushaltsplan für 1927.

Im Rahmen wie für 1926 der Haushaltsplan gewesen ist, soll auch im Voraus für 1927 der Etat genehmigt werden. Dieser Antrag wird in der Form angenommen. Schluß der Sitzung 11.30 Uhr.

Bad Homburg. Wegen Herstellung von Gas- und Wasserleitungen ist die Straße „Göhenmühlweg“ zwischen Gluckensteinweg und Bachstraße hier für zwei Wochen für den Fahrverkehr gesperrt.

— „Im Verkehr von Kraftfahrzeugen aus dem Saargebiet mit dem übrigen Reichsgebiet und umgekehrt finden die für den internationalen Kraftfahrzeugverkehr bestehenden Bestimmungen keine Anwendung. Das Saargebiet gilt nicht als Ausland. Dementsprechend ist den von der deutschen Zulassungsbehörde (Vandrat) zugelassenen Kraftfahrzeugen mit der von ihm ausgestellten Zulassungsbescheinigung der Verkehr im Saargebiet gestattet, ohne daß ein internationaler Fahrausweis und das Nationalitätszeichen (D) gefordert wird.“

Ebenso dürfen Kraftfahrzeuge mit einer von der Regierungskommission des Saargebiets ausgestellten Zulassungsbescheinigung im übrigen Reichsgebiet verkehren, ohne daß ein internationaler Fahrausweis und das Zeichen „S. A.“ erforderlich sind. Van Ercheleus.

Eingefandt.

Frankfurt a. M. den 9. Mai 1927,

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Grillparzer sagte einmal: — Jeder Irrtum hat drei Stufen; auf der ersten wird er ins Leben gerufen, auf der zweiten will man ihn nicht eingestehen, auf der dritten macht nichts ihn ungeschehen. — Sehen Sie Herr Redakteur, daß sagte Einer, der mehr konnte als ich und Sie. Ich so, verzeihen Sie gütigst, ich mache hier eine Definition und Sie, Verehrtester, wissen noch gar nicht, um was es sich handelt. Als der langen Rede kurzer Sinn ist hier das Wort Irrtum. Nun fragen Sie sich: — was geht mich Ihr Irrtum an, — recht haben Sie ja, aber ich und Sie haben sich nicht geirrt, sondern nur der Herr Hoteldirektor vom Kurhaus von Bad Homburg, der halle sich geirrt, denn auf der Rückseite seiner Speisekarte stand — 1 Glas Bier 0,60 Mk. Na, sagte ich zu meiner kleinen Frau, daß können wir uns leisten. — Herr Ober, bitte 2 Bier. — In 2 Minuten steht der Gerstensaft vor uns beiden. Ich gestalte mir, mein Liebling auf dein Wohl! — — — Schmekt vorzüglich sagte meine kleine Frau. — Bestell dir doch noch einen Mausi — sagte meine Kleine. Bewiß — sagte ich. — warum sollte ich als aller Corpsstudent nicht noch einen trinken. — Herr Ober bitte noch ein Bier. — Mein Gerstensaft kommt gezierl mit einem großen Leutnant, Verzeihung Feldwebel. Ich sagte zu meiner Frau: — Nunc est bibendum. (Zi! laßt u s trinken). Schon wieder sehe ich vor einem leeren Glas. — Mausi trink doch noch einen — flüsterle mir meine Ehehälfte zu. Ja, — sagte ich, ich trinke noch einen, dann haben wir 4 an der Zahl, macht 4 X 0,60 = 2,40 — 25 Pfg. Provision macht Summa sumarium 2,65 Mk., — Du rechnest ja schon wieder — sagte meine Kleine. Ja — sagte ich, ich habe nämlich nur 3.— bei mir. — Na aber mit 3.— kann man doch nicht ins Kurhaus gehen, flüsterle sie mir zu. Erlaube sagte ich, ich war mit 3.— schon ganz wo anders und siehst du dow, daß ich noch 35 Pfg. heraus bekomme, nach Adam Riese.

Herr Ober, bitte zahlen. 4 Bier haben die Herrschaften macht 4,40 Mk. Ich erhalte von rechts einen derben Fußtritt. Bringen Sie noch 5 Cigaretten à 5 Pfg. Der Ober geht, meine kleine Frau drückte mir leise ihren Reversfons in die Hand. Der Ober bringt grazios meine Cigaretten. Ich begleihe meine Rechnung und gehe. Und wenn ich hier das Wort „Irrtum“ als Motto nehme, so sing ich dieses Wort von meinem Tischnachbar bezw. von dem Ober auf. Denn als mein Tischnachbar, anscheinend ein Leidenskollege von mir, sagte, ich bin Jurist, aber das muß doch seine Nichtigkeit haben, war ich getroffen. Wenn ich auch bei der Regulierung meiner Rechnung dem unschuldigen Ober gegenüber nichts geäußert habe, denn ich habe hier kein Amt, sondern nur eine Meinung. Unser großer Philosoph Kant sagte einmal: Die Bedingung und Vermeidung des Irrtums sind selbst zu denken. sich an die Stelle eines anderen zu denken und jederzeit mit sich selbst einstimmt zu denken. Ist hier nun ist hier in diesem Fall das Wort: — Irrtum ist menschlich — in Erwägung zu ziehen, so muß ich sagen wie Bismarck: — Ich halle es für männlich offen, seinen Irrtum anzuerkennen, aber nicht das halle ich für männlich, dem einen Vorwurf daraus zu machen, der von seinem Irrtum zurückgekommen ist.

Sollten Sie Herr Redakteur, meinen Zeilen eine gewisse Achtung schenken, auch als Nichtabonnent, so dankt Ihnen

Ihr

Dr. jur. A. . . .

Bücherlich.

Sprechen und schreiben Sie immer richtig?

Nur die allerwenigsten Menschen werden diese Frage unbedingt mit einem Ja beantworten können. Es ist keine Schande, etwas nicht zu wissen, aber eine Schande, nichts zuzulernen zu wollen: das sollten sich alle diejenigen sagen, in deren Geschäftsbriefen man so falsche Satzverbindungen findet wie „Ich nehme an, daß Sie für mein Angebot Interesse haben und werde ich Ihnen —“. Auch Verwechslungen von „wie“ und „als“ sind an der Tagesordnung. Wie oft hört oder liest man „besser wie nichts“, „lieber wie die Nordsee“. Von denjenigen die mit mir und mich, Ihnen oder Sie auf dem Kriegsfuß stehen oder die bei der Komma, Punkt, Semikolonsetzung in Bedrängnis kommen, gar nicht zu reden! Jeder Privat- oder Geschäftsmann, Beamte, Wandwirl sowie Stellungsuchende, jede Dame, gleichviel ob im Hause oder Geschäftsleben tätig, wird es daher begrüßen, ein Nachschlagebuch zur Hand zu haben, daß nicht nur ein ausführliches orthographisches Wörterverzeichnis enthält, sondern auch auf hundertle von Fragen auf dem Gebiet der Grammatik Antwort gibt. Ein solches bestens empfohlene Werk ist das soeben in zweiter neu bearbeiteter Auflage erschienene Nachschlage- und Selbstunterrichtsbuch „Richtig Deutsch! Sprechen und Schreiben“ von Studienassessor Dr. Wilhelm Schrader (Preis 2.— gebunden 3.— Mk., Porto 30 Pfg.) Verlag von W. H. Müller, Oranienburg bei Berlin.

△ Darmstadt. (Die Nachkriegseingewanderung in Hessen.) Bei der Volkszählung am 16. Juni 1925 wurde auch die Frage nach dem Wohnort bei Ausbruch des Krieges gestellt und damit ein Einblick in den Umfang der Rückwanderung von Deutschen ins Reich ermöglicht. Nach der Zählung ergibt sich, daß allein 1197 Personen, die bei Kriegsausbruch im Saargebiet wohnten, nunmehr ihren Wohnort in Hessen genommen haben. 4346 Personen waren früher in Elsaß-Lothringen ansässig. 574 Personen stammen aus Oberschlesien und den übrigen an Polen gefallen Gebieten, 75 aus dem Ostschlesien Vandalen, das der Tschechoslowakei zugezählt wurde. Im ganzen sind 599 Personen aus den abgetretenen deutschen Gebieten nach Hessen eingewandert. Aus der Tschechoslowakei stammen 250 Personen, aus Deutsch-Oesterreich 479. Aus den ehemaligen Kolonien sind 136 Personen zurückgewandert. Eine verhältnismäßig starke Zuwanderung ist aus dem Ausland gekommen, und zwar 1258 Polen, von denen 1058 Polnisch als Muttersprache angeben. 535 sind aus Rußland gekommen, 663 aus der Schweiz, davon 643 mit deutscher Muttersprache, 646 aus Frankreich, davon 583 deutsch, 328 aus Belgien, davon 251 deutsch, 304 aus England, davon 290 deutsch, und 295 aus den Niederlanden, davon nur 98 deutsch. Im ganzen wohnten 5802 Personen bei Kriegsausbruch außerhalb des ehemaligen Deutschen Reiches in Europa und 620 in außereuropäischen Staaten. 2764 davon hatten deutsche Staatsangehörigkeit und 3734 deutsche Muttersprache. Es sind also infolge des Krieges und der Nachkriegsverhältnisse 6296 Personen aus dem Saargebiet und den abgetretenen deutschen Gebieten und 3734 Deutsche aus außereuropäischen Ländern nach Hessen zurückgewandert.

△ Darmstadt. (Der Kammerdiener des Großherzogs.) In verschiedenen Orten Hessens tritt ein Schwund auf, der sich als ehemaliger Kammerdiener des Großherzogs von Hessen äußert. Vornehmlich besucht er die Verwalter höherer Schulen, denen er erzählt, er habe selbst eine Stelle als Schulaufsicht in Darmstadt in Aussicht, doch fehle ihm das Reisegeld nach dort. In vielen Fällen erhielt der Mann, bei dem es sich wahrscheinlich um einen Willi Johansen aus Hamburg handelt, Geldunterstützungen.

△ Gernheim. (Eine Mühle durch Feuer zerstört.) Im Maschinenraum der Mühle von Nikolaus Roth brach aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das sich über das ganze Mühlengebäude verbreitete. Die Feuerwehre mußte sich auf den Schutz der umliegenden Gebäude beschränken. Der Schaden ist sehr hoch und teilweise durch Versicherung gedeckt.

△ Mainz. (Mordversuch an der Ehefrau.) Dec in Antben wohnhafte 40jährige Tagelöhner Brenner unternahm in der Rombacher Straße einen Mordversuch auf seine von ihm getrennt lebende Ehefrau, die in einem Garten mit Spargelstöcken beschäftigt war. Er feuerte sechs Revolverkugeln auf sie ab, von denen zwei in Kopf und Rücken trafen. Schwerverletzt wurde die Frau ins Städtische Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde von Passanten gefaßt und derart verprügelt, daß er ebenfalls im Krankenhaus Aufnahme finden mußte.

Aus aller Welt.

□ Kirchenhäufung in München. In der Ludwigskirche in München zerstörte ein etwa 30jähriger Mann den Altarschmuck. Er schlenkerte die Paramente, das Krucifix, die Leuchter, Heiligenfiguren und Wappenstein auf den Boden und legte dann seine verbrecherische Tätigkeit am Sakramentsaltar fort. Dem Kirchenbedienten und Schutzmann gelang es, den Mann festzunehmen. Er wurde als der arbeitslose Schlosser Wilhelm Feh festgestellt. Wahrscheinlich hat man es mit einem Geistesgestörten zu tun.

□ Verhinderter Autounfall. Der Vorstand und die Landesvertreter des 5. Wohlfahrtsverbandes besichtigten bei ihrer in Stuttgart stattfindenden Tagung das Kindererholungsheim und die Heilstätte auf dem Heuberg. Auf der Rückfahrt verlor bei Degerloch die Brenne und das schwere vollbeladene Auto raste einer in die Tiefe führenden Treppe zu. Nur der Geschicklichkeit und der Todesverachtung des Wagenführers ist es zu verdanken, daß das Auto über dem ersten Treppenaufgang nach Beschädigung von Mandeläbern und einem Gelände zum Stehen gebracht wurde. Von den Insassen wurde niemand verletzt.

□ Autounfall. Ein Kraftwagen, in dem sich der Leipziger Universitätsprofessor, Gehmrat Grube mit Frau und Tochter befanden, stürzte in Jöhoppau einen vier Meter hohen Abhang hinab. Die Insassen wurden verletzt, jedoch besteht keine Lebensgefahr.

□ Auffindung einer männlichen Leiche im Zeltower Kanal. Eine Streife des Reichswasserschutz hat an der Mündung des Zeltower Stichkanals in die Spree eine unbelleidete männliche Leiche geborgen, die schon lange Zeit im Wasser gelegen hat. Das Gesicht war durch tiefe Narben bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Es handelt sich um einen 17- bis 25jährigen jungen Mann. Da die Hände mit einem um den Leib geschnittenen Lederriemen befestigt waren, an dem außerdem ein verstaubter Pflasterstein angehängt war, nimmt man an, daß es sich um ein Verbrechen handelt. Die Beibringung einer großen Wunde am Arm, die erst nachträglich entstanden ist, konnte noch nicht erklärt werden.

□ Denkmalschändung in Berlin. In der Nacht wurde das im Trianonier Park in Weiskönig gelegene Kaiser-Wilhelm-Denkmal mit roter Farbe beschmutzt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

□ Zusammenstoß zwischen zwei Motorrädern. Ein mit zwei Personen besetztes Motorrad stieß in Jungsbrunn bei dem Versuch, mit großer Geschwindigkeit an einem Lastkraftwagen vorbeizufahren, mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden, mit drei Personen besetztem Motorrad zusammen. Alle fünf Personen wurden zur Seite geschleudert und schwer verletzt. Zwei Motorradfahrer erlitten ihren Verletzungen.

Rundfunk.

Donnerstag, 12. Mai. 6.45 Gymn. Übungen. 12.00: Nachrichten- und Wetterdienst. 1.30—2.30: Uebertragung von Kassel. 2.50: Schlachthofmarkt. 3.00: Berliner und Frankfurter Effekten. 3.25: Berliner Produktionen. 4.05: Nachrichtendienst. 4.25: Londoner und Berliner Metalle. 4.30—5.45: Konzert des Hausorchesters. 5.45—7.05: Die Lesestunde. 6.05: Hamburger Metalle. 6.15—7.00: Uebertragung von Kassel. 7.00—7.30: Italienischer Sprachunterricht. 7.30—8.00: Pressedienst. 8.00—9.30: Besprechung von Wiesbaden Uebertragung aus dem Kurhaus. 9.30: Dialekt—Auslauschabend. Anstchl. Uebertragung von Stuttgart.

PANDEMIEN.

Berlin, 10. Mai.

— **Debitenmarkt.** Für Dollar und engl. Pfund bestand rege Nachfrage.
 — **Effektenmarkt.** Die heutige Börse verlief in schwächerer Haltung, mehrfach schwankend. Auch am Rentenmarkt nachgebende Tendenz.
 — **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 Hg.: Weizen m.ä. 30.30—31, Roggen m.ä. 27.40—27.80, Braugerste 24—26, Wintergerste alte 22.50—23.50, neue 24—24.10, Hafer m.ä. 23.05, Roggenmehl 36.40—38, Weizenmehl 14.75, Roggenmehl 17.25 bis 17.50.

Frankfurt a. M., 10. Mai.
 — **Debitenmarkt.** Mailand lag heute etwas schwächer, ebenso die Markt.
 — **Effektenmarkt.** Die gesamte Börse lag heute schwächer. Auch der Anleihemarkt zeigt bei fast völliger Geschäftlosigkeit die gleiche Tendenz.
 — **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 Hg.: Weizen m.ä. 30.75—31, Roggen m.ä. 28.75—29, Hafer inländ. 24.50—25, Mehl m.ä. 14, Weizenmehl 41.25—41.75, Roggenmehl 38.50—39.50, Weizenmehl 14, Roggenmehl 15.25—15.50.

■ **Unfall bei einer Handgranatenvorführung.** Bei einer Handgranatenvorführung auf dem Übungsplatz des 1. schweizerischen Infanterie-Regiments Nr. 5 bei Miesbach wurde der Instruktionskapitän Moravetz durch die Explosion einer Handgranate, die ein Soldat unvorsichtig fallen ließ, schwer verletzt. Der Kapitän erlag im Divisionshospital seinen Verletzungen.
 □ **Einbruch in das kulturhistorische Museum in Bordeaux.** Nach einem Telegramm des „Petit Parisien“ aus Bordeaux ist in der Nacht in das kulturhistorische Museum eingebrochen worden. Etwa 34 Edelsteine sind gestohlen worden.

Bekanntmachung.

Beir. Steuerzahlung für den Monat Mai 1927 an die hiesige Stadtkasse.

Bis zur Genehmigung der Gemeindeumlagen für das Rechnungsjahr 1927 und bis zur Aufstellung der neuen Steuerzettel, sind für den Monat Mai 1927 folgende Steuern und Abgaben zu zahlen:

- Die staatliche Steuer vom Grundvermögen zuzüglich 230 Proz. Gemeindezuschlag wie im Monat April 1927.
- Die Kanalgebühren in derselben Höhe wie im Monat April 1927.
- An Hauszinssteuer 1200 Proz. der staatlichen Grundvermögenssteuer. Soweit Grundstücke mit 375 bis 875 Proz. der Grundvermögenssteuer veranlagt waren, bleibt es bei diesen Sätzen.
- An Gewerbesteuer nach dem Ertrag und Kapital je ein Viertel des für 1926 endgültig veranlagten Gewerbesteuerbetrages als Vorauszahlung für 1927. Sämtliche Steuern und Abgaben sind **am 15. Mai d. S. fällig.** Die Zahlungen erfolgen bis auf weiteres auf die alten Steuerzettel. Die endgültige Verrechnung der im Voraus bezahlten Beträge erfolgt auf den neuen Steuerzetteln.

Bad Homburg v. d. S., den 9. Mai 1927.
Der Magistrat
 (Steuerverwaltung.)

In unser Handelsregister Abl. A. ist heute unter Nr. 431 die offene Handelsgesellschaft Graumann & Kolb mit dem Sitz in Oberursel eingetragen worden. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1927 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: 1.) Kaufmann und Ingenieur Arthur Graumann, 2.) Kaufmann und Ingenieur Werner Kolb, beide in Oberursel.

Bad Homburg v. d. S., den 4. Mai 1927.
Amtsgericht, Abl. 4.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 31. Mai 1927, vormittags 11 Uhr an der Gerichtsstelle Zimmer Nr. 9 versteigert werden das im Grundbuch von Bad Homburg v. d. S. Blatt 609 (eingetragene Eigentümer am 9. März 1927, dem Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerkes: **Eleute Bäckermeister Albert Vosseler und Marie, geb. Delfel** zu Bad Homburg v. d. S. zu je ein Halb) eingetragene Grundstück Gemarkung Bad Homburg v. d. S., Kartenblatt 14, Parzelle 52, bebauter Hofraum und Hausgarten, am Mühlberg No. 23, 6.10 ar groß, Grundsteuerrolle Nr. 1564 Gebäudesteuerrolle Nr. 47, Nutzungswert 968.— RM.

Bad Homburg v. d. S., den 29. März 1927.
Amtsgericht, Abl. 5.

Druckfachen

aller Art, ein- und mehrfarbig, in geschmackvoller Ausführung, fertigen bei billiger Berechnung an

Die Homburger Neuesten Nachrichten

Hofulin

Im Haus helfen alle Wunden raus. Verheilung von Kröpfen, Akne und Pilzläusen bei Menschen und Tieren.

Alleinverkauf:
Dörfam's Puppenklinik.

1 kleines sehr wachsame **Hundchen**

(Rehpincher) billig abzugeben. Zu erfragen in der Exped. unter Nr. 2068

INOLEUM

Tapeten (871)
 von 20 Pfg. an p. Rolle

K. Pfeuffer
 Frankfurt a. M.
 Allerheiligenstr. 68
 Telefon: Taunus 2796

1099

ADRESSEN

jeder Art, für ihren Betrieb liefert Ihnen der bekannte Dresdener

Adressen-Verlag G. Müller
 Dresden- N. 6, Königsbrücker Platz 2

(Bitte auf diese Zeitung Bezug zu nehmen)

Adressenkatalog mit ca. 6000 Serien kostenlos

Der Gipfel des Genusses

Brills Edelbake
Matishag - Alte Brill - Matifruhl
 682 von besonderer Güte
 reg. 1809 **Gebr. Brill** reg. 1809
 Bisteln in Weßfalen

Gummiwaren, Verbandsstoffe,

für sämtliche Artikel

Pflege

Carl Ott G. m. b. H

64) Lieferant aller Krankenkassen

Zur bevorstehenden

Balkon- und Gruppenbepflanzung

empfehle:

Geranien, Fuchsien, Pelonien, Begonien, Lobelien etc. etc.

in großer Auswahl in verschied. Stärken u. Preisen

2066

Gartenbetrieb Wilhelm Knapp.

Verantwortlicher Redakteur: Kurt Köbde, Bad Homburg.

Moderne Bildnis Photographie

WILLY DANNHOF

Am Schloß

Herrengasse 1

Sargmagazin Christoph Erny & Sohn

58 Heßstraße 13

Lieferung von

Eichen-, Kiefern- und Tannensärge
 in allen Preislagen.

Übernahme von Beerdigungen
 bei billiger Berechnung

Spezialität:

Feinste Hausmacher Leber- und Blutwurst

Jeden Dienstag u. Freitag ab 4 Uhr **frisch.**

W. Reinhard

Telefon 29 (978) Luisenstr. 94

Forellenteichbad.

Der Badebetrieb ist eröffnet. Badezeit von vormittags 8 bis nachmittags 7 Uhr.

Dienstags und Freitags von 10—1 Uhr ist das Bad **nur für Damen** geöffnet.

2062) **Forellenteichbad G. m. b. H.**

Homöopathie

Heil

Habe mich hier als

Naturheilkundiger

niedergelassen.

Behandlung mittels Radio-Viola, Magnetismus und Sympathie, verbunden mit Homöopathie und Kräuterheilen. Behandlung von Verflachungen und Querschnitten.

Sprechstunden täglich außer Sonntags von 9—10 und nachmittags von 1.30—3.30 Uhr
 Samstags nur vormittags. 987

Wilhelm Heil, Elisabethenstr. 28.

Weinabschlag im „Rheinischen Hof“

(früher Wolfschlucht) Besitzer: **Hch. Ackermann**

Habe eine **Rheinische Weinstube** eröffnet

Durch günstigen Einkauf, bin ich in der Lage, ein gutes Glas Wein zum **Preise von 0.35 Pfg. 0.2 ltr.** (keine 0.15 ltr. Gläser) 1/2 Flasche zu **0.75 M.** ganze Flasche **1.40 M.** usw. zu verkaufen. Ferner empfehle ich unsere bekannten Edelbleie, wie Dormunder, Aktien, Pilsenerbräu München im Ausschank zum **Preise das ltr. zu Mk. 1.—**, **Bayerisches Pilsener** das ltr. zu **0.70 Mk.**

Guter bürgerlicher Mittagstisch zu 0.90 Mk. im Abonnement 0.80 Mk.

Um geeigneten Zuspruch bittet

Hch. Ackermann Tel. 977